



Die tibetischen Buben Khetsun und Lhundup leben seit vielen Jahren in der Schweiz, sprechen Berndeutsch und lieben Fussball.

Kinder ohne Perspektive

LANGZEITNOTHILFE. Seit Jahren harren abgewiesene Asylsuchende in einem Nothilfesystem aus, das auf wenige Wochen ausgelegt ist. Darunter befinden sich Hunderte Kinder. Nicht einmal ihnen will man helfen.

TEXT: TINA BERG | FOTO: FRANZISKA FRUTIGER

Am Nervensystem eines Kindes kann ich ablesen, was für einen Aufenthaltsstatus es hat», sagt Sandra Rumpel. Die Psychotherapeutin arbeitet seit 2016 mit geflüchteten Kindern und Familien. Auch mit abgewiesenen Asylsuchenden in Nothilfezentren. Von diesen litten besonders viele unter psychischen Krankheiten, sagt sie.

Das grösste Problem sei, dass die Kinder teils über Jahre in einer Situation leben, in der sie sich nicht sicher fühlen und ständig retraumatisiert werden, sagt Rumpel. Etwa wenn im Rückkehrzentrum ihre Väter von der Polizei abgeführt oder die ganze Familie für eine Ausweiskontrolle aus dem Bett gerissen werde. «Das ist jedes Mal eine volle Ladung Panik.»

Fluchterfahrung, Gewalt und Isolation prägen das Leben der Kinder. Das führt zu schweren Entwicklungsdefiziten und Traumafolgestörungen. Therapien seien schwierig. «Man kann ein Trauma nicht behandeln, solange die Kinder nicht in Sicherheit sind. Nur stabilisieren – bis zum nächsten Mal, wenn die Polizei in der Nacht kommt», sagt Rumpel.

Erschwerend komme für viele Kinder hinzu, dass sie Heim und Umfeld mehrfach wechseln mussten. Rumpel erzählt, wie sich das beim Spielen äussern kann: Süüferli wird das Puppenhaus eingeräumt. Plötzlich schmeisst das Kind alles durcheinander und ruft: «Jetzt ist Transfer!» Es imitiert die Umzugssituation im Nothilfezentrum. Schon die ganz Kleinen kennen das Wort. Transfer bedeutet Horror.

Wer kein Asyl erhält, wird weggewiesen. Wer nicht freiwillig geht, wird ausgeschafft. So verlangt es das Gesetz. Viele können aber trotz negativem Asylentscheid nicht zurück in ihr Heimatland. Weil es ihnen keine Reisedokumente ausstellt oder sich weigert, unfreiwillig Rückreisende aufzunehmen. Einige dürfen aus völkerrechtlichen Umständen nicht abgeschoben werden.

Mehr Kinder betroffen. Abgewiesene bekommen weder Sozialhilfe noch dürfen sie arbeiten. Sie sind illegal im Land und können jederzeit gebüsst oder inhaftiert werden, wenn sie die Polizei aufgreift. Ihnen bleibt nur die verfassungsmässig garantierte Nothilfe. Das ist etwa ein Viertel davon, was im Schweizer Sozialhilfesystem als Existenzminimum gilt.

Ziel: Abschreckung. Integration: unerwünscht.

Unter den Abgewiesenen befanden sich Ende 2021 auch 483 Kinder, die schon länger als ein Jahr nur von Nothilfe lebten. Die Behörden nennen sie «Langzeitbeziehende». 374 der Kinder waren noch keine zwölf Jahre alt. Die meisten lebten ein bis drei Jahre in der Nothilfe. 18 Kinder bereits sieben Jahre. Zwei sogar schon zwölf Jahre lang (siehe Grafik Seite 32).

Vor zwei Jahren hat der Beobachter über diese Kinder geschrieben. Die damals Porträtierten leben alle noch in der Schweiz, haben aber unterschiedliche Schicksale erfahren. Die Situation der tibetischen Buben Khetsun und Lhundup etwa hat sich nicht verändert. Sie gelten noch immer als Illegale in der Nothilfe.

Trotzdem geht ihr Leben weiter: Lhundup kommt im Sommer in die erste Klasse, Khetsun in den Kindergarten. Beide sprechen Berndeutsch, lieben Turnen und Fussball. Ob Lhundup später in einem Fussballteam spielen darf, weiss die Mutter nicht. Vielleicht müsse er wegen der fehlenden Papiere aufhören. Nicht nur die Sorge um die Kinder quält die Eltern. Ihr Leben ist ohne Perspektive, ihr Alltag geprägt von Angst.

Die Zahl der Kinder in der Langzeitnothilfe steigt. Heute sind es 25 Prozent mehr als vor zwei Jahren, zeigen Zahlen des Staatssekretariats für Migration SEM. Mit den seit 2019 beschleunigten Asylverfahren sollten eigentlich nicht mehr viele Neue in der Nothilfe landen, hofft man. Ob das eintrifft, lasse sich erst in ein paar Jahren feststellen, sagt ein SEM-Sprecher. Vom alten System harren insgesamt noch rund 2500 Langzeitbeziehende in der

Plötzlich schmeisst das Kind alles im Puppenhaus durcheinander und ruft: «Jetzt ist Transfer!»

«Man kann ein Trauma nicht behandeln, solange ein Kind nicht in Sicherheit ist.»

Sandra Rumpel, Psychotherapeutin

Nothilfe aus. Das Problem ist offensichtlich nicht gelöst – obwohl die Warnungen eigentlich unüberhörbar wären.

Die nationale Kommission zur Verhütung von Folter führte 2021 etwa eine Überprüfung der Rückkehrzentren in Bern durch – und beurteilte die Situation für Familien mit Kindern als «nicht menschenwürdig». Weil nur 13 Prozent der Nothilfebeziehenden 2019 ausgereist sind, müsse man sich fragen, «ob die geringe Wirkung dieser Massnahme die unbefriedigenden Lebensbedingungen von Kindern, Frauen und Männern in den Rückkehrzentren rechtfertigt», so der Bericht. Vor ein paar Monaten wiesen zudem fast 500 Ärzte, Psychiaterinnen und Psychotherapeuten in einem offenen Brief auf die dramatischen gesundheitlichen Auswirkungen hin und forderten eine humanere Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden.

Gibt es neue Lösungsansätze? Das SEM verneint – das Asylgesetz sehe für Härtefälle bereits ein Ventil vor. Darüber hinaus habe man nicht die Absicht, Menschen, die bereits ein rechtsstaatlich durchgeführtes Asylverfahren erfolglos durchlaufen haben, zu einem Aufenthaltsstatus zu verhelfen. Sonst werde das Asylwesen unglaubwürdig. Wer einfach bleibe, werde sonst belohnt.

Die St. Galler Aktion. Auch auf kantonaler Ebene gebe es keine grundlegenden Veränderungen, sagt Jürg Eberle, Präsident der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden (VKM) und Leiter des St. Galler Migrationsamts. Man bewege sich in einem schwierigen Umfeld: «Migrationsämter haben den Auftrag, die Wegweisung zu vollziehen. Gleichzeitig müssen wir in der Nothilfe ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Täglich machen wir deshalb den Spagat zwischen Aufenthalt ermöglichen und Aufenthalt verunmöglichen.» Entscheidend sei, dass Abgewiesene verpflichtet sind, beim Vollzug mitzuhelfen. Der Grossteil der Langzeitbeziehenden verweigere das, etwa bei der Beschaffung von Reisepapieren.

Weil viele in der Langzeitnothilfe sozial und sprachlich gut integriert sind, hat der Kanton St. Gallen 2019 eine Sonderaktion für Härtefallbewilligungen durchgeführt. Dabei mussten die Betroffenen auch ihre Identität offenlegen. «Als sie eine Regularisierung in Aussicht hatten, haben einige plötzlich nigelnagelneue Papiere eingereicht», sagt Eberle. ▶

Solche Verfahren hätten eine Kehrseite, sagt Ursula Fischer von der Berner Aktionsgruppe Nothilfe. «Es entsteht eine Art Generalverdacht, dass die Menschen lügen und ihre Identität verschleiern.» Natürlich gebe es solche Fälle. Aber man setze jene umso mehr unter Druck, die wirklich keine Papiere hätten. «Fatal ist, dass Leute vor lauter Angst bereit sind, sich notfalls falsche Ausweise zuzulegen, um dem Teufelskreis zu entkommen. Das bestärkt die Behörden wiederum in ihrer Haltung, dass Asylsuchende ihre Papiere beschaffen können, wenn sie nur wollen.»

Ob ein Härtefallgesuch überhaupt eine Chance hat, hängt wesentlich davon ab, wo man wohnt. Die Kantone sind nicht verpflichtet, solche Gesuche an das SEM weiterzuleiten. Einige tun das grosszügig, andere restriktiv.

«Wir sehen, dass das Rechtssystem an den Anschlag kommt. Wir können die Leute nicht immer zurück in ihre Heimatländer bringen. Das ist für alle unbefriedigend und belastend», sagt VKM-Präsident Eberle. Die Ämter setzten aber nur das um, was das Parlament im Gesetz festgelegt habe.

Ein Vorstoss macht etwas Hoffnung. Seit Frühling 2021 ist eine Motion im nationalen Parlament hängig, die eine ausserordentliche humanitäre Aktion für Nothilfebeziehende fordert, die vor 2019 ein Asylgesuch gestellt haben. Sie sollen unter bestimmten Umständen bleiben dürfen. Die kürzlich zurückgetretene EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller hat diese Einschränkung extra gemacht. «Betroffen sind nach neusten Zahlen ja nur rund 2500 Menschen. Die sind für unser Land wirklich verkraftbar. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass man in dieser Sache keine Lösung findet.»

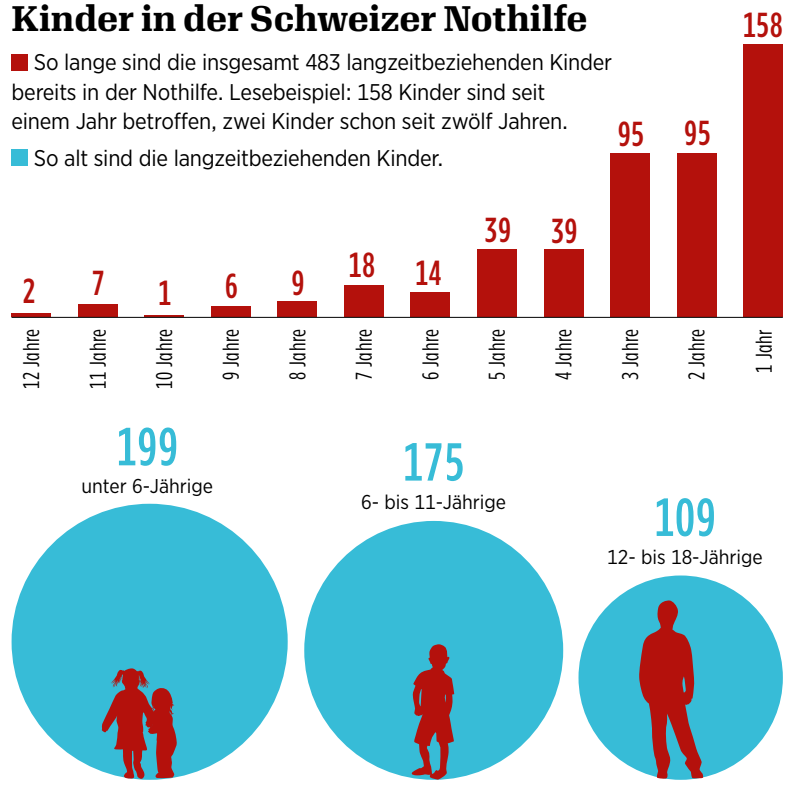
Ob aus dem Vorstoss etwas wird, ist unklar. Wird er nicht innert zweier Jahre vom Parlament behandelt, wird er abgeschrieben.

Braucht es vielleicht unkonventionelle Massnahmen, um Bewegung in die Sache zu bringen? Zumal allen klar ist, dass etwa Tibeter über Jahrzehnte nicht in ihr Land zurückgeschickt werden können. «Man muss diese Realität akzeptieren und einen konkreten Ausweg für die rund 200 abgewiesenen Tibeter suchen», sagt der unabhängige Tibetexperte Martin Brauen. Etwa indem man ihnen Erleichterungen beim Härtefallgesuch einräumt. Im Gegenzug müssten sie sich zu einer Art Sozialdienst in der Pflege, in der Gemeinde oder Landwirtschaft verpflichten und so die öffentliche Hand finanziell entlasten. Mit solchen Pauschalrege-

Kinder in der Schweizer Nothilfe

■ So lange sind die insgesamt 483 langzeitbeziehenden Kinder bereits in der Nothilfe. Lesebeispiel: 158 Kinder sind seit einem Jahr betroffen, zwei Kinder schon seit zwölf Jahren.

■ So alt sind die langzeitbeziehenden Kinder.



«Wir machen täglich den Spagat zwischen Aufenthalt ermöglichen und Aufenthalt verunmöglichen.»

Jürg Eberle, Präsident der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden

lungen könne man viele Leerläufe beim überlasteten SEM vermeiden, Geld sparen und dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sagt Brauen. «Eine Win-win-Situation.»

Für Kinder in der Langzeitnothilfe hat sich in den letzten Jahren nichts getan. Immerhin wird ihre Situation jetzt erstmals systematisch untersucht, mit einer Studie im Auftrag der Eidgenössischen Migrationskommission. Bis auf weiteres bleibt die Zukunft von Hunderten Kindern wie Khetsun und Lhundup aber ungewiss. ■



«Politik auf Kosten der Kinder»: Den Beitrag zur Nothilfe von abgewiesenen Asylbewerbern vom Januar 2021 finden Sie unter beobachter.ch/naa

SHIRIN seit 1979

fliegenderteppich
schöner wohnen

SALE
45%
auf das ganze Sortiment

ÜBER 2'000 m² SHOWROOM